

Ausweitung der Imkerstandorte in Duisburg gemeinsamer Antrag der rot-rot-grünen Kooperation

07. März 2014

Die Verwaltung wird gebeten, Maßnahmen zu prüfen, die eine Stärkung der Bienenpopulation in Duisburg zum Ziel haben. Dabei soll die Ausweitung von Imkerstandorten Berücksichtigung finden und Gespräche mit dem Duisburger Kreisimkerverband und der Biologischen Station Westliches Ruhrgebiet e.V. geführt werden.

Begründung:

Die Bienenpopulation ist weltweit rückgängig. Da die Bienen für die Ökologie und Artenvielfalt bedeutsam sind, sollen Maßnahmen geprüft werden, die die Bienenpopulation in Duisburg erhöhen.

Erfolgsmodell ESPADU ausweiten

22. Januar 2015

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Programm für Ämter und städtische Betriebe zu erstellen, das analog zu ESPADU auf Verhaltensweisen abzielt, den Energieverbrauch zu reduzieren.

Begründung:

Das Projekt ESPADU an Duisburger Schulen ist ein Erfolgsmodell. Schülerinnen und Schüler haben gelernt durch gewisses Verhalten Energie zu sparen. An den teilnehmenden Schulen ist der Energieverbrauch signifikant gesunken. Hiervon profitieren die Schülerinnen und Schüler, für die ein Teil der gesparten Summe verwendet wurde, die Stadt, deren Kasse entlastet wurde, aber insbesondere auch die Umwelt. Jedes Jahr warnen Klimaforscher eindringlicher vor den Folgen des Klimawandels, jedes Jahr schreitet dieser aber voran. Währenddessen ist es naheliegend, dass in Duisburger Ämtern und Betrieben durch Aufklärung zu energiesparendem Verhalten eine große Menge Energie gespart werden kann. Hier sollte die Stadt die positiven Erfahrungen durch ESPADU übertragen.

Bienenfreundliches Straßenbegleitgrün

22. Januar 2015

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- in einem Stadtteil Duisburgs, das niedrig wüchsige bzw. einjährige Straßenbegleitgrün durch eine Mischung von bienen- und hummelfreundlichen Pflanzen, zunächst für die Jahre 2015 bis 2017, zu ersetzen.
- am Ende eines jeden Jahres einen Evaluationsbericht zum bienenfreundlichen Straßenbegleitgrün unter folgenden Aspekten abgeben: Akzeptanz bei Insekten, Akzeptanz bei der Bevölkerung, Pflegeaufwand, Pflanzkosten.

Begründung:

Insekten, insbesondere Bienen und Hummel stellen einen wichtigen Teil im weltweiten Ökosystem dar. Ihre Bestände sind aber besorgniserregend im Rückgang begriffen. Viele Städte versuchen deshalb schon bienenfreundlich zu werden, an dieser Stelle sei nur auf Mayen oder Naumburg hingewiesen. Auch Duisburg sollte seinen Anteil zum Schutz der Natur an dieser Stelle liefern. Damit dies in Duisburg funktioniert, soll zunächst ein Stadtteil in Duisburg Pilotstadtteil werden, damit die Stadt Erfahrungen mit bienenfreundlichem Begleitgrün erhält.

Weiterhin sind bienenfreundliche Wiesen bunte, von einheimischen Pflanzen geprägte Wiesen. Es ist zu vermuten, dass die Blumen sich selbst fortpflanzen und daher kaum mehr Aufwand verursachen, als Rasen/Wiesen, die Aufwertung des Straßenbildes wäre dagegen groß.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen

**Kein Einstieg der Steag in Braunkohleaktivitäten
in Ostdeutschland**

05. Februar 2016

Der Unterausschuss bzw. der Rat möge beschließen:

1. Die Übernahme oder finanzielle Beteiligung der STEAG an den ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten des Energieversorgers Vattenfall wird abgelehnt. Dazu gehört auch die Übernahme der Betriebsführung durch die STEAG.
2. Die Vertreter der Stadt Duisburg bzw. der Stadtwerke Duisburg im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung der KSBG sowie der STEAG werden aufgefordert, gegen eine entsprechende Übernahme oder Beteiligung zu stimmen.

Begründung:

Bei dem Erwerb der STEAG durch verschiedene Stadtwerke war eines der erklärten Ziele der ökologische Umbau des Konzerns, soweit die Stromerzeugung in Deutschland betroffen ist. Der Erwerb von Braunkohle-Tagebauen und Braunkohle-Kraftwerken in Ostdeutschland ist mit diesem Ziel unvereinbar. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch der Umstand, dass gerade die konventionelle Energieerzeugung, insbesondere die Kohleverstromung mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken verbunden ist. Diese Risiken lassen sich, dies hat die jüngere Vergangenheit deutlich gezeigt, kaum verlässlich abschätzen. Sie haben nicht zuletzt auch zur schlechten wirtschaftlichen Entwicklung bei den großen Energiekonzernen und den Stadtwerken Duisburg geführt.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und PSL vom 16.02.2016

Beratungsergebnis: Angenommen